http://www.mvregio.de/show/75103.html
DONG-Gespräche über Fernwärme mit Greifswald zeigen Überdimensionierung des Kraftwerks
13.12.2007: Schwerin/MVregio Als lächerlichen Versuch bezeichnen Bündnis 90/Die Grünen den Versuch von DONG, für das gigantische Kohlekraftwerk einen Wärmeabsatz über das Fernwärmenetz der Stadt Greifswald zu simulieren.
Im Jahresschnitt wird das geplante Kohlekraftwerk von DONG rund 14 Mrd kWh Abwärme produzieren. Der Fernwärme-Bedarf der Hansestadt Greifswald beträgt pro Jahr aber nur 0,25 Mrd kWh. Damit kann das gesamte Fernwärmenetz der Hansestadt Greifswald weniger als 2 % der Abwärme des Kohlekraftwerks verwerten. "Dies zeigt ganz deutlich die Überdimensionierung des von DONG geplanten Kohle-Kraftwerks", so Ulrike Berger, Landessprecherin der Grünen. Zudem sei es völlig inakzeptabel mit Kohle-Energie die deutlich umweltfreundlicheren gasbetriebenen Blockheizkraftwerke der Stadtwerke Greifswald zu ersetzen.
Während die Landesregierung behauptet, mit dem Kraftwerk würden alte Kohlekraftwerke ersetzt, zeigt sich jetzt der tatsächliche Effekt: Es besteht das Risiko, dass umweltfreundlichere gasbetriebene Blockheizkraftwerke verdrängt werden und dass eine Konkurrenz für die in Lubmin geplante Anlandung von Strom aus Offshore-Windkraft-Anlagen und die dort geplanten Gaskraftwerke geschaffen wird.
MVregio Landesdienst mv/sn

Freitag, 14. Dezember 2007 | Mecklenburg-Vorpommern
WWF-Studie warnt vor Kraftwerk
Schwerin/Lubmin (dpa) Das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin wird nach Ansicht der Umweltstiftung WWF deutlich mehr Schadstoffe produzieren als vom dänischen Investor Dong Energy angegeben. Allein die Quecksilber-Einträge in die Ostsee würden um das 17fache zunehmen, heißt es in einer WWF-Studie, die gestern in Schwerin vorgestellt wurde. Auch die Belastung mit Schwermetallen, Stickstoff, Dioxin und anderen krebserzeugenden Chemikalien liege über den angegebenen Werten. „Das Kohlekraftwerk stellt eine Gefahr für Mensch und Natur dar“, sagte die WWF-Ostsee-Expertin Cathrin Münster. Die Umweltstiftung forderte das Land auf, den Bau der Anlage zu stoppen.
Ein Gutachter des Hamburger Instituts für Ökologie und Politik (ÖKOPOL) hatte die Schadstoffemissionen, die Dong für das Kraftwerk veranschlagt hatte, überprüft. „Das Kraftwerk entspricht in wesentlichen Punkten nicht dem Stand der Technik“, sagte Gutachter Christian Tebert. Da das Unternehmen nicht die besten Filter einsetzen wolle und sich nicht verpflichte, nur besonders hochwertige Kohle zur Stromgewinnung einzusetzen, würden unter anderem rund 550 Kilogramm Quecksilber direkt die Ostsee belasten.
Weiterhin würde durch das Steinkohlekraftwerk laut Studie fünf Mal mehr Cadmium und doppelt so viel Dioxin in die Ostsee gelangen als jetzt. Die Schadstoffe würden lange Zeit in der Ostsee gespeichert und in die Nahrungskette gelangen, sagte Tebert. Auch die Belastung der Luft durch den ausgestoßenen Stickstoff könne vier Mal höher liegen als von Dong berechnet. Damit würden vor allem die Wälder der Region belastet. Daneben könne sich die Luft mit krebserzeugenden Kohlenwasserstoffen anreichern. „Die Luft in Lubmin würde dann nicht mehr den Ansprüchen eines Seebades genügen“, sagte Münster weiter.
WWF Deutschland sitzt in Hamburg und ist eine nationale Organisation des WWF – World Wide Fund For Nature – mit Sitz in Gland (Schweiz).
Unterdessen hat sich die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie (IG BCE) in einem offenen Brief an den Ministerpräsidenten Harald Ringstorff (SPD) für den Bau des Kraftwerks ausgesprochen. Das Vorhaben ist nach Ansicht der Gewerkschaft sowohl für eine kostengünstige Energieversorgung als auch für eine nachhaltige und effiziente Klimaschutzpolitik sinnvoll. Die moderne Kraftwerkstechnik werde zu einer effizienteren Verstromung der Kohle führen und einen Beitrag zur Verringerung der CO2-Emissionen leisten. Außerdem schaffe Dong qualifizierte Arbeitsplätze.

Freitag, 14. Dezember 2007 | Ostvorpommern
WWF spricht von „Giftschleuder“
Ostvoprpommern In einer WWF-Studie zum Steinkohlekraftwerk wird davon ausgegangen, dass die Schadstoffbelastung höher als angenommen ist. „Allein die Quecksilber-Einträge Deutschlands in die Ostsee würden mit dem Bau der Anlage ums 17-fache zunehmen“, heißt es.

Freitag, 14. Dezember 2007 | Hansestadt Greifswald
Leserpost
Fragwürdiges Algen-Projekt
Dr. Gunter Otto und Wolfram Otto aus Katzow schreiben zu „Giftige Kraftwerksabgase könnten Nahrung für Algenzucht werden“ (OZ vom 6.12.): Was für ein Nikolausgeschenk von Dong für die Akademiker vom Greifswalder Institut für Pharmazie oder ein Weihnachtsmärchen für alle? Schreibt doch da die Autorin, dass „von den anfallenden 7,5 t CO2 pro Jahr“ etwa 5-10 % zur Algenzucht genutzt werden sollen. Nach Angaben von Dong

fällt zwar das 1,3millionenfache davon an, nämlich 10,1 Mio t CO2, aber da die Landes-SPD die Anlage ohnehin etwas kleiner haben will, hat die Autorin schon mal mutig den Rotstift angesetzt. Von dem bei Realisierung der Anlage zu erwartenden Gesamtausstoss der Anlage von 10,1 Mio t CO2 will man satte 5-10 % in der Algenzucht entgiften, also CO2 in das Wasser einblasen und dann die Algen rausholen. Abgesehen davon, dass dieses Verfahren im Know-how den Charme eines alten Damenhutes hat, folgen wir Dong und nehmen einmal mutig 10 % vom Abgas-CO2 für die Entgiftungsaktion an. Folglich sind jährlich 1 Mio t CO2 in der Algenbiomasse zu binden. Nach Dong werden dazu außer einer Rohrleitung Richtung Demmin-Anklam „Flächen,die größer als 200 ha sind" gebraucht. 200 ha, das sind 2 km2 Fläche, wo die Algen wachsen sollen - im Wasser natürlich. Nun gibt es leider einige Rahmenbedingungen, die auf Naturgesetzen beruhen, die auch Dong beachten muss. So kann man in unseren Breiten entsprechend der klimatischen Bedingungen in Algenzuchtbecken je Hektar Wasserfläche jährlich max. 67 t CO2 in 18 t Algen-Kohlenstoff binden. Demnach lassen sich 1 Mio t CO2 nur auf einer Wasserfläche von 150 km2 in Algenbiomasse binden.

DA WIRD EINEM SCHLECHT BEIM LESEN!

Freitag, 14. Dezember 2007 | Ostvorpommern
Gewerkschaftschef für Bau des Kohlemeilers
Schwerin/Lubminer Heide Hubertus Schmoldt, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), unterstützt in einem Schreiben an Ministerpräsident Harald Ringstorff die Position für das neue Kraftwerk in der Lubminer Heide. Darin heißt es u.a.: „...Die IG BCE unterstützt diese Position Mecklenburg-Vorpommerns für das neue Kraftwerk. Industrieprojekte vom Pipelinebau über Werkserweiterungen bis zu Kraftwerksneubauten stoßen derzeit in Deutschland auf Akzeptanzprobleme, die zunehmend von populistisch agierenden Politikern aufgenommen und verstärkt werden. Es ist vorbildlich, dass die Politik in MV klar für den Industriestandort Greifswald Stellung bezieht und deutlich macht, welch hohe Bedeutung die industrielle Entwicklung für die Zukunft der Region hat, die vom Tourismus allein nicht leben kann..." Das neue Kraftwerk schaffe und sichere so qualifizierte Industriearbeitsplätze, heißt es.

Freitag, 14. Dezember 2007 | Ostvorpommern
Initiative tagt in Zinnowitz
Zinnowitz Die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin" lädt morgen um 10 Uhr zu einer öffentlichen Mitgliederversammlung im Zinnowitzer Naturfreundehaus. Thema: Erörterungstermin am 18. Dezember und die vorherige Demo mit einer Kundgebung.

Donnerstag, 13. Dezember 2007 | Deutschland

Zitat des Jahres
Rostock (OZ) Mit diesem sehr bildhaften Vergleich warf Renate Künast, die Fraktionschefin der Grünen im Bundestag, am 19. Juli dem Energieriesen Vattenfall als Betreiber der Atomkraftwerke (AKW) Krümmel und Brunsbüttel (beide Schleswig-Holstein) Inkompetenz und Versagen vor. Am 28. Juni hatte der Stromkonzern Vattenfall sein AKW Krümmel in Geesthacht wegen des Brands in einer Trafostation abschalten müssen. Kurz nach dem Feuer war bei den Ermittlungen zur Brandursache und zu dem Sicherheitsmanagement auch bekannt geworden, dass in dem Werk „auffällige" Dübel entdeckt worden seien. Von insgesamt 630 verbauten Dübeln würden 14 den Ansprüchen, auch einem Erdbeben standzuhalten, nicht genügen. Auch das AKW Brunsbüttel war wegen akuter Gefahren, die aus schwachen Dübeln resultierten, zeitweilig runtergefahren worden. Vattenfall hielt jedoch mit Informationen über die Zwischenfälle hinterm Berg und zog dafür massive Kritik auf sich, unter anderem vom Bundesumweltministerium. Künast forderte nach den Vorfällen, dem Unternehmen Vattenfall die Lizenz zum Betreiben der AKW zu entziehen. A. MEYER
OZ-Leser küren Zitat des Jahres
Die OSTSEE- ZEITUNG und NDR Info suchen in einer gemeinsamen Aktion das Zitat des Jahres.
Zur Wahl stehen zwölf Vorschläge, von denen wir bis 14. Dezember täglich einen vorstellen. Vom 15. bis 19. Dezember können sich OZ- Leser per Post, E-Mail, Telefon bzw. Internet beteiligen. Adressen und Rufnummern folgen nach der Vorstellungsrunde. Es gibt tolle Preise

wie einen Flachbild-Fernseher (Panasonic). Ergebnis und Gewinner werden am 22. Dezember veröffentlicht.

„Wer zu doof ist, einen Dübel ordentlich einzuschrauben, kann kein Atomkraftwerk fahren, logischerweise."

Freitag, 14. Dezember 2007 | Titelseite Rügen

Kraftwerksgegner bereiten Marsch vor

Bergen Die Rügener Initiative gegen ein Kohlekraftwerk bei Lubmin trifft sich heute um 19 Uhr im Raum „Svantevit" des Sana-Krankenhauses, um weitere Schritte zu beraten. Weitere Mitstreiter sind willkommen. Unter anderem will man sich auf den Protestmarsch vorbereiten, der im Vorfeld des Erörterungstermins am Dienstag in Greifswald stattfindet. Dort werden in öffentlicher Sitzung die Einwendungen der rund 1300 Bürger bewertet, die auf der Grundlage des Bundesimmissionsschutzgesetzes Bedenken geäußert hatten.

Freitag, 14. Dezember 2007 | Insel Usedom links

Leserbrief zum geplanten Steinkohlekraftwerk

Sponsoring von Dong in der Kritik

Uwe Wehrmann, Chef des Strandhotels Ostseeblick in Heringsdorf, schreibt zum geplanten Kohlekraftwerk in Lubmin und zur Inselgemeinde:

Vieles zu dem Thema Großgemeinde ist schon gesagt. Die Entscheidung sollte man den Kommunen und nicht dem Tourismusverband Insel Usedom (TVIU) überlassen. Der Geschäftszweck des TVIU hat eine andere Aufgabenstellung als die einer Partei. Die Usedom Tourismus GmbH ist meiner Meinung nach derzeit der einzige Punkt, an denen man die Sinnhaftigkeit eines Zusammengehens auf der Insel prüfen kann. Am Zusammengehen der Kaiserbäder kann man feststellen, dass es gut zwei Jahre braucht, bis sich ein Parlament zusammengefunden hat. Ich erinnere an Machtkämpfe, bei denen es um Egoismus und Neid ging. Ich glaube, dass es für die Gemeinden und den Tourismus auf Usedom besser ist, die bestehende Regelung beizubehalten.

Stellung nehmen möchte ich auch zur Entschließung des TVIU zum Kohlekraftwerk. Für mich ist es völlig unverständlich, dass sich der TVIU nicht einstimmig zur Ablehnung des Steinkohlekraftwerkes positionieren kann. Eine Partei kann sich wohlwollend dazu äußern, aber doch nicht der TVIU. Wie argumentiert der Tourismusverband gegenüber Bürgerinitiativen, wenn es zu einer Meinungsabwägung vor Gericht kommt? Wird es dann heißen, aus Sicht des Tourismusverbandes der Insel Usedom bestehen keine Bedenken gegen den Bau des Kohlekraftwerkes. Der TVIU hat der Gemeinde Heringsdorf einen Bärendienst erwiesen. Mit der Haltung wird es den Eigentümern der Heringsdorfer Gasvorkommen wieder schmackhaft gemacht, über eine mögliche Gasförderung nachzudenken. Für mich ist unklar, warum sich der Verband nicht deutlich dagegen stellen kann. Gibt es vielleicht schon zu viele Verflechtungen durch Zuwendungen und Sponsoring? Als Vereinsvorsitzender des FC Insel Usedom wäre es mir trotz stets klammer Kassen nie in den Sinn gekommen, für ein Sponsoring bei dem Kraftwerksbetreiber vorzusprechen. In Dänemark darf ein solches Kraftwerk nicht gebaut werden. Warum sollen wir zulassen, dass es gerade in unserer Region errichtet wird?